

Voneinander lernen

Die Länder müssen sich besser über die Bildungspolitik austauschen

Von Regina T. Riphahn und Ludger Wößmann

Es mag auf den ersten Blick ungewöhnlich erscheinen, dass sich der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in seinem aktuellen Gutachten mit der Bildungspolitik befasst. Aber sicherlich nicht auf den zweiten Blick.

Bildung ist von zentraler Bedeutung für die deutsche Wirtschaftskraft und unseren langfristigen Wohlstand. Im demografischen Wandel werden alle Erwerbskräfte gebraucht. Zugang zu hochwertiger Bildung von der Frühförderung bis zum Schul- bzw. Hochschulabschluss ist aber mehr: Bildung ist Voraussetzung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe. Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel für die Integration von Flüchtlingen und Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Sie sind zudem eine zentrale Voraussetzung zur Bewältigung des gesellschaftlichen Transformationsprozesses, den die Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft auslöst. Darum kann, wenn es um den wirtschaftlichen Wohlstand des Landes geht, die Bildung der Bevölkerung nicht ignorieren.

Dafür ist ein effektives Bildungswesen unverzichtbar. Die Basis für die Qualifikation von Fachkräften wird im allgemeinbildenden Schulsystem gelegt. Das deutsche Schulsystem ist föderal auf der Ebene der Bundesländer organisiert. Während die Unterschiedlichkeit und Zersplitterung der länderspezifischen Bildungsregularien häufig als Nachteil betrachtet werden, birgt die föderale Organisation auch Chancen: Sie erlaubt, verschiedene Lösungen

einander zu lernen. Gerade ein Austausch zwischen den Bundesländern hätte den Vorteil, dass Maßnahmen in einem vergleichbareren Rahmen bewertet werden könnten als dies im internationalen Rahmen möglich ist. Mehr Transparenz würde es auch den Bürgern erleichtern, die Erfolge der Bildungspolitik ihres Landes besser zu bewerten. Damit ginge eine Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Debatte auf Landesebene einher.

Leider stellen die deutschen Bundesländer im internationalen Vergleich etwa mit den skandinavischen Ländern oder Großbritannien nur wenig Information über die Erfolge ihrer Bildungssysteme bereit. Während andere Nationen der Wissenschaft und Politikberatung detaillierte Schülerdaten angereichert mit regionalen Kennziffern bereitstellen, wird vergleichbare Information in Deutschland von Seiten der Kultusbehörden nicht zur Verfügung gestellt, obwohl sie zum Teil bereits vorhanden ist. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass die systematische Erforschung von bundeslandspezifischen Bildungsinitiativen und die Bereitstellung von Vergleichsgrößen seit vielen Jahren behindert werden. De-

für bildungspolitische Ziele und Mittel zu erproben. Länder können sich und ihre bildungspolitischen Strukturen und Maßnahmen vergleichen und voneinander lernen. Mit der politischen Gestaltungsfreiheit ist aber stets die Verantwortung für die Ergebnisse verknüpft. Mindestens im Nachhinein muss das Wahlvolk in die Lage versetzt werden, staatliches Handeln und dessen Ergebnisse zu beurteilen.

Die ökonomische Theorie hat darauf hingewiesen, dass Wählerinnen und Wähler aus dem Vergleich mit den Politik-Ergebnissen benachbarter Gebietskörperschaften wie beispielsweise Bundesländern Rückschlüsse auf die Leistungen der Politik ziehen können. Dies gilt sogar dann, wenn sie nicht direkt überwachen können, wie gut die Entscheidungen der gewählten Politikerinnen und Politiker sind. Damit ein politischer Wettbewerb auf Basis von Leistungsvergleichen stattfinden kann, müssen aber vergleichbare Informationen über die erzielten Ergebnisse vorliegen.

Auf diesem Weg führt Information über Erfolge der Bildungssysteme in den Bundesländern zu einem fruchtbareren föderalen Wettbewerb, der die Qualität und Leis-

Zugang zu relevanten Informationen wird verweigert und die Erhebung neuer Daten eingeschränkt.

So findet sich beispielsweise auf der einen Seite umfassenden Leitlinie, die neuerdings erstmals die Verwendung von Länderkennungen im Datensatz des Nationalen Bildungspanels möglich machen soll, nicht weniger als dreimal der Satz: „Eine Identifikation einzelner Bundesländer in Ergebnisdarstellungen ist nicht gestattet.“

Dadurch ist es unmöglich, die eigentlichen Vorteile des Föderalismus zu nutzen. Der politische Wettbewerb um Wählerstimmen erfolgt ohne solide Informationsgrundlage. Gleichzeitig können keine Erkenntnisse über die tatsächliche Wirksamkeit spezifischer bildungspolitischer Maßnahmen gewonnen werden.

Deshalb spricht sich der Wissenschaftliche Beirat für eine systematische Bereitstellung von Informationen über die Leistungsfähigkeit der Bildungssysteme auf Bundeslandebene aus. Die Bundesländer sollten sich einer regelmäßigen Überprüfung der Leistungsfähigkeit ihres Schulwesens öffnen. Die bestehenden Systeme zur Messung schulischer Leistungen müssen so ausgestaltet werden, dass aussagekräftige Daten zur Verfügung stehen, die einen Vergleich über die Bundesländer und über die Zeit hinweg zulassen. Die Messverfahren sollten reichhaltig genug sein, um bewerten zu können, wie gut konkurrierende Bildungsziele erreicht werden. Konkret geht es darum, die 2006 gestoppte Durchführung des Pisa-Tests für alle Bundeslän-

terungsfähigkeit der Bildungssysteme im Sinne der Wählerinnen und Wähler verbessert. Zum einen entstehen neue Anreize für die Entscheidungsträger, ihre Bildungspolitik effektiv und effizient zu gestalten. Zum anderen ermöglicht ein besserer Zugang zu relevanten Daten eine wissenschaftliche Überprüfung von bildungspolitischen Maßnahmen. Beispiele dafür sind etwa die Dauer der Gymnasialzeit (Stichwort G8 vs. G9), Maßnahmen zur Inklusion von Kindern mit Lernschwächen oder Maßnahmen der Sprachförderung. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Wirkungsforschung können dazu beitragen, wirksame Maßnahmen zu identifizieren.

Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel für die Integration von Flüchtlingen und Arbeitslosen

Durch die föderale Struktur werden in den verschiedenen Bundesländern zur gleichen Zeit unterschiedliche bildungspolitische Lösungen und Konzepte erprobt. Ein besserer Informationsaustausch würde es den Ländern ermöglichen, von- und mit-

der wieder aufzunehmen, die 2003 beschlossene verbindliche Einführung von Schülerkerndatensätzen endlich umzusetzen und die Bundeslandkennungen in allen verfügbaren Datensätzen uneingeschränkt verwendbar zu machen.

Wenn Bildung der Schlüssel zur Zukunft ist, kann eine Fortsetzung des bisherigen bildungspolitischen Kurses nicht die Antwort einer offenen Gesellschaft auf die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs sein. Die Bildungspolitik muss sich künftig stärker auf Fakten und Evidenz stützen, damit das Bildungssystem seine Aufgaben erfüllen kann.



Ludger Wößmann ist Leiter des Ifo-Zentrums für Bildungsökonomik und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Regina T. Riphahn ist Professorin für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Vorsitzende des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Beide sind Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. FOTOS: CESIFO/OH